

## PROTOKOLL

29. Sitzung des  
Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler  
Ausschuss) am Donnerstag, 11. Dezember 2014,  
Rathaus, Mosaiksaal

Beginn 17.00 Uhr  
Ende 18.35 Uhr

---

### Anwesend:

(verhindert waren)

Bürgermeister Hermann	(SPD)	17.00 - 17.30 Uhr
Ratsfrau Jeschke	(CDU)	
Ratsfrau Arikoglu	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsfrau Barnert	(SPD)	
Ratsfrau Fischer	(SPD)	
Ratsherr Kelich	(SPD)	
Ratsherr Klapproth	(CDU)	
Ratsfrau Markowis	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsfrau Dr. Matz	(CDU)	
Ratsherr Mineur	(SPD)	in Vertr. für Ratsfrau Fischer
Ratsfrau Pollok-Jabbi	(DIE LINKE.)	
Ratsfrau Steinhoff	(Bündnis 90/Die Grünen)	

### **Beratende Mitglieder:**

(Herr Ganijev)  
Frau Guaqueta-Korzonnek  
(Frau Heine)  
Herr Hussein  
Frau Kage  
(Frau Karaboya)  
Herr Lam  
(Frau Rajabi)  
(Herrn Raynesh)  
Frau Dr. Sekler  
Frau Dr. Tekidou-Kühlke

### **Grundmandat:**

(Ratsherr Böning) (DIE HANNOVERANER)  
(Ratsherr Engelke) (FDP)

### **Verwaltung:**

Stadtrat Walter Dez. III  
Frau Walter OE 50.60

Herr Burucker	OE 51.21
Herr Rakupatheeswaran	OE 50.62
Frau Hager	OE 50.60

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE
3. Genehmigung des Protokolls über die 28. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss) am 27.11.2014 - öffentlicher Teil -
14. Antrag der SPD-Fraktion auf Durchführung einer Anhörung zum Thema "Welt in Hannover" (Drucks. Nr. 2789/2014)
4. Thematik Weißekreuzplatz
- 4.1. Antrag der Fraktion Die Hannoveraner zur Beendigung der Besetzung des Weißekreuzplatzes (Drucks. Nr. 2221/2014)
- 4.2. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zum Weißekreuzplatz (Drucks. Nr. 2497/2014)
5. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu einer Resolution zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen aus dem Sudan (Drucks. Nr. 2442/2014)
6. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (Informationsdrucks. Nr. 2464/2014 N2 mit 1 Anlage)
7. Beitritt zum "European Social Network" (ESN) (Drucks. Nr. 2652/2014)
8. Zuwendung aus dem Integrationsfonds an die Ezidische Akademie Hannover für das Projekt "Seminarreihe" (Drucks. Nr. 2384/2014)
9. Zuwendung aus dem Integrationsfonds an den Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V. (VNB) für das Projekt „Ausbildungsgang für DialogmoderatorInnen im Projekt DIALOG MACHT SCHULE“ (Drucks. Nr. 2604/2014)
10. Zuwendung aus dem Integrationsfonds an den Verein kargah e.V. für das Projekt „Leitfaden durch das niedersächsische Bildungssystem für MigrantInnen – erklärt in 15 Sprachen“ (Drucks. Nr. 2639/2014)
11. Bericht des Dezernenten

**TOP 1.**

**Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung**

**Bürgermeister Hermann** begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation. Er stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Er weist auf die Drucks. Nr. 2789/2014, die den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorliegt, hin und stellt zur Abstimmung, diese noch auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem einstimmig zu. Die Tagesordnung wird um die Drucks. Nr. 2789/2014 ergänzt.

**TOP 2.**

**EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

**TOP 3.**

**Genehmigung des Protokolls über die 28. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss) am 27.11.2014 - öffentlicher Teil -**

Das Protokoll wird abgesetzt.

**Abgesetzt**

**TOP 14.**

**Antrag der SPD-Fraktion auf Durchführung einer Anhörung zum Thema "Welt in Hannover"**

**(Drucks. Nr. 2789/2014)**

**Ratsherr Kelich** erläutert den Antrag.

**Ratsfrau Jeschke** sagt, die CDU-Fraktion behalte sich vor, weitere Personen zu diesem Thema als Anzuhörende zu benennen.

**Bürgermeister Hermann** lässt über den Antrag abstimmen.

Dieser wird einstimmig genehmigt.

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zum nächstmöglichen Termin eine Anhörung durchzuführen zur Vorstellung und Aufklärung über das Projekt „Welt in Hannover“. Als ExpertInnen werden dazu u.a. eingeladen:

- Tornike Murtskhvaladze
- Maria Eggers

**Es wurde einstimmig beschlossen, diesen Antrag als Tagesordnungspunkt 14 zu**

**behandeln.  
Einstimmig**

**TOP 4.  
Thematik Weißekreuzplatz**

**TOP 4.1.  
Antrag der Fraktion Die Hannoveraner zur Beendigung der Besetzung des  
Weißekreuzplatzes  
(Drucks. Nr. 2221/2014)**

Zu diesem Antrag gibt es keine Erläuterung.

**Bürgermeister Hermann** lässt über den Antrag abstimmen.

Dieser wird mit 0 Stimmen dafür, 10 Stimmen dagegen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, alle notwendigen Schritte und Maßnahmen einzuleiten, um eine Räumung des besetzten Weißekreuzplatzes noch in diesem Jahr (2014) zu erreichen.

Die Räumung des besetzten Platzes soll nach Möglichkeit im Einvernehmen mit den Besetzern geschehen.

**0 Stimmen dafür, 10 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen**

**TOP 4.2.  
Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zum Weißekreuzplatz  
(Drucks. Nr. 2497/2014)**

**Ratsfrau Jeschke** erläutert den Antrag. Die CDU-Fraktion fordere die Verwaltung auf, darauf hin zu wirken, dass die Dauerdemonstration auf dem Weißekreuzplatz beendet wird, ohne ein konkretes Datum festzulegen. Der Weißekreuzplatz solle seine ursprüngliche Funktion wieder erhalten. Dabei würden sie das Demonstrationsanliegen jedoch nicht in Frage stellen.

**Stadtrat Walter** berichtet von dem Brand der vergangenen Nacht auf dem Weißekreuzplatz. Erkenntnisse über die Brandursache lägen noch nicht vor.

**Ratsherr Kelich** äußert Irritation über den Antrag. Er sehe keine Notwendigkeit das Camp aktiv zu räumen. Es sei zudem auf unbestimmte Zeit genehmigt.

**Ratsfrau Markowis** sagt, der Protest sei legitim und werde von ihrer Fraktion begrüßt. Eine aktive Beendigung sei nicht notwendig. Sie betont, solange sie sich die Bewohnerinnen und Bewohner an die Auflagen halten würden, sehe sie kein Grund für eine Räumung.

**Ratsfrau Jeschke** merkt an, die Dauerdemonstration habe sich in Richtung einer Sackgasse entwickelt. Um diesem Zustand entgegenzuwirken, solle die Stadtverwaltung nach kreativen Lösungen suchen.

**Ratsherr Klapproth** weist daraufhin, dass sie als politische Fraktion auch als Sprachrohr von Teilen der Stadtgesellschaft fungieren. Er stellt ein Mediationsverfahren als geeignetes Instrument hervor.

**Ratsherr Kelich** stellt in Frage, inwieweit ein solcher Antrag den Betroffenen aus dem Camp hilft.

**Herr Hussein** äußert Verständnis für die dargestellte Sicht seitens der CDU-Fraktion. Er plädiert jedoch dafür, als demokratische Partei ein anderes Bild von Hannover zu vermitteln

und den Antrag zurückzuziehen.

**Ratsfrau Pollok-Jabbi** sagt, es sei nicht zu begrüßen, ein Protestcamp durchführen zu müssen, um Forderungen öffentlich zu machen. Sie weist daraufhin, dass auch sie merkt, dass die Stimmung gegenüber dem Camp aus der Gesellschaft langsam kippt.

**Bürgermeister Hermann** übergibt den Vorsitz an Ratsfrau Jeschke.

**Ratsherr Klapproth** betont noch einmal, eine Räumung durch Zwang sei nicht gefordert. Der Antrag der CDU-Fraktion beziehe sich auf Freiwilligkeit.

**Herr Lam** bezieht sich auf den Antrag der Hannoveraner unter TOP 4.1 und sagt, dieser wirke, als seien Ausländerinnen und Ausländer kriminell. Er betont stark, sich dieser Haltung entgegenzusetzen.

**Ratsfrau Markowis** sagt, das Protestcamp sei ein Signal dafür, dass Hannover offen gegenüber den Forderungen der Sudanesen ist.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**Ratsfrau Jeschke** lässt über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird mit 3 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag zu beschließen:

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover fordert die Verwaltung auf, darauf hinzuwirken bzw. die notwendigen und geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um den Weißekreuzplatz seiner ursprünglich angedachten Nutzung zuzuführen.

**3 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen**

**TOP 5.**

**Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu einer Resolution zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen aus dem Sudan**

**(Drucks. Nr. 2442/2014)**

**Ratsfrau Markowis** erläutert den Antrag. Ziel sei es, die Anliegen der Menschen auf dem Weißekreuzplatz weiterzutragen.

**Ratsfrau Dr. Matz** hält es für sinnvoll, weitere Länder mit in die Resolution aufzunehmen. Gegenüber der Wirkung einer Resolution sei sie jedoch skeptisch.

**Ratsfrau Markowis** entgegnet, durch die Resolution solle dokumentiert werden, dass die Anliegen auf dem Weißekreuzplatz auch ihre Anliegen sind.

**Ratsfrau Pollok-Jabbi** merkt an, wenn das Anliegen so wichtig sei, sollte auf Bundesebene Druck ausgeübt werden. Außerdem weist sie daraufhin, einen solchen Antrag zukünftig interfraktionell zu stellen.

**Ratsherr Kelich** ergänzt, durch diese Resolution würden die Forderungen aus der Kommune an die Bundesebene getragen werden.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**Ratsfrau Jeschke** lässt über den Antrag abstimmen.

Dieser wird mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 4 Enthaltungen angenommen.

Antrag zu beschließen:

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover fordert die Bundesregierung auf:

- Die Zusammenarbeit mit dem sudanesischen Unrechtsregime zu beenden, soweit durch die Zusammenarbeit Signale der Unterstützung, Anerkennung oder Bestätigung des Regimes ausgehen können.
- Den Einsatz für die Verfolgung der international gesuchten, politischen Verbrecher in Regierungsämtern gemeinsam mit der europäischen Gemeinschaft zu intensivieren.

- Auf allen Ebenen auf die afrikanischen Partnerstaaten einzuwirken, um sich gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft für die Umsetzung des Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Regierungschef Al Bashir einzusetzen.
- Den eigenen Einfluss auf die Europäische Union und auf die Vereinten Nationen zu nutzen, um politischen Druck auf die Regierungen in den sudanesischen Staaten auszuüben, damit die Kriegshandlungen und weitreichenden Menschenrechtsverletzungen eingestellt werden und ein friedlicher und politischer Wandel hin zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eingeleitet wird.
- Die Finanzierungszusagen für den Sudan einzuhalten und Ressourcen zu mobilisieren, um auf die Verschlechterung der humanitären Lage zu reagieren.
- Bis zur Umsetzung der dringend notwendigen Veränderungen im Sudan die Abschiebungen von Flüchtlingen aus dem Sudan, die auf der Suche nach Sicherheit und Hilfe in unser Land kommen, auszusetzen bzw. die Schutzsuchenden als Verfolgte anzuerkennen.

**6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 4 Enthaltungen**

## **TOP 6.**

### **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge**

**(Informationsdrucksache Nr. 2464/2014 N2 mit 1 Anlage)**

**Stadtrat Walter** stellt den derzeitigen Sachstand dar. Junge Menschen, die als Flüchtlinge nach Hannover kommen, seien auf besondere Betreuung und Begleitung, auch in medizinischer und finanzieller Hinsicht, angewiesen. Es gäbe kein zentrales Verteilungssystem. Hannover sei häufig die erste Anlaufstelle. Circa 150 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge kämen pro Jahr in Hannover an. Viele seien schwer traumatisiert und hätten einen hohen Betreuungsbedarf. Die Unterbringungskapazitäten in Hannover seien erschöpft, sodass die Flüchtlinge teilweise außerhalb Hannovers untergebracht werden müssten. Die Kosten trage aber die Stadtverwaltung Hannover.

**Herr Burucker** stellt die Drucksache vor. Hauptzielgruppe seien Jugendliche im Alter von 13 bis 18 Jahre. Grundsätzlich ende die Betreuung mit Erreichen der Volljährigkeit. Allerdings nehme eine Nachbetreuung von einem halben bis zu einem Jahr derzeit zu. Er weist auch daraufhin, in Hannover sei es schwer, geeignete Einrichtungen für die Unterbringung der Personengruppe zu finden.

**Ratsherr Klapproth** fragt, ob eine Inobhutnahme seitens der Stadtverwaltung auch notwendig ist, wenn die minderjährigen Flüchtlinge bei Verwandten unterkommen könnten.

**Herr Burucker** antwortet, eine Vormundschaft werde in jedem Fall eingerichtet, jedoch nicht zwingend von der Stadtverwaltung selbst. Bei bestehender Eignung könne diese auch von Verwandten übernommen werden.

**Ratsfrau Arikoglu** bedankt sich für die Drucksache. Sie fragt, in welchem Umkreis außerhalb Hannovers die Unterbringung erfolgt.

**Ratsfrau Markowis** fragt, ob die Betreuerinnen und Betreuer in den Einrichtungen über besondere Sprachkenntnisse verfügen. Weiter fragt sie, wie damit umgegangen wird, wenn die Kinder und Jugendlichen mit dem Gesetz in Konflikt kommen, beispielsweise in der Anonymität leben.

**Stadtrat Walter** erläutert, traumatisierten Kinder und Jugendlichen, egal welcher Nation, stehe ein sozialpädagogisches Angebot zur Verfügung. In erster Linie handle es sich dabei um niedrigschwellige Angebote, bei denen die Frage wie den betroffenen Kindern und Jugendlichen geholfen werden kann, im Vordergrund stehe.

**Herr Burucker** sagt, als Betreuungsstandort sei Walsrode derzeit am weitesten von Hannover entfernt. Weiter sagt er, die Betreuerinnen und Betreuer könnten nicht alle Sprachen abdecken. Man arbeite mit einem umfangreichen System an Dolmetschern und Dolmetscherinnen zusammen.

**Ratsfrau Pollok-Jabbi** fragt, ob in dem Bereich der Arbeit mit traumatisierten Flüchtlingen

das Personal aufgestockt wird.

**Herr Burucker** antwortet, derzeit sei keine personelle Aufstockung geplant.

**Frau Dr. Sekler** fragt, wie lange die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge durchschnittlich in der Inobhutnahme bleiben, bevor sie in stationären Einrichtungen untergebracht werden.

**Herr Burucker** entgegnet, die Flüchtlinge würden durchschnittlich drei bis sechs Monate in der Inobhutnahme bleiben.

**Herr Hussein** fragt, ob im Hinblick der begrenzten Plätze in den Einrichtungen, eine Aufnahme der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Pflegefamilien eine Option darstellt.

**Herr Burucker** sagt man sei offen für Ideen, dennoch wäre dies nicht das Übliche.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Der Ausschuss hat die Drucksache zur Kenntnis genommen.

### **Zur Kenntnis genommen**

#### **TOP 7.**

##### **Beitritt zum "European Social Network" (ESN)**

**(Drucks. Nr. 2652/2014)**

**Stadtrat Walter** erläutert die Drucksache. Das European Social Network sei ein freier Zusammenschluss auf europäischer Ebene, in dem Praktikerinnen und Praktiker der verschiedenen Länder zusammenkämen und sich austauschen. Die Weitergabe von Erfahrungen und des Wissens solle ermöglicht und vereinfacht werden. Die Bundesrepublik Deutschland sei derzeit sehr schwach vertreten. Stadtrat Walter stellt die Gründe für einen Beitritt heraus.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

**Ratsfrau Jeschke** lässt über die Drucksache abstimmen.

Diese wird einstimmig angenommen.

Antrag,

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Beitritt der Landeshauptstadt Hannover zum "European Social Network" (ESN) zu erklären.

### **Einstimmig**

#### **TOP 8.**

##### **Zuwendung aus dem Integrationsfonds an die Ezidische Akademie Hannover für das Projekt "Seminarreihe"**

**(Drucks. Nr. 2384/2014)**

**Ratsfrau Markowis** ist von dem Projekt überzeugt.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**Ratsfrau Jeschke** lässt über die Drucksache abstimmen.

Die wird mit 9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Enthaltung angenommen.

Antrag,

der Ezidischen Akademie im Jahr 2014 für das Projekt „Seminarreihe“ eine Zuwendung in

Höhe von

**6.800,00 €**

aus dem Ergebnishaushalt 2014, Teilhaushalt 15, Produkt 11103  
Grundsatzangelegenheiten zu bewilligen.

**9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung**

**TOP 9.**

**Zuwendung aus dem Integrationsfonds an den Verein Niedersächsischer  
Bildungsinitiativen e.V. (VNB) für das Projekt „Ausbildungsgang für  
DialogmoderatorInnen im Projekt DIALOG MACHT SCHULE“  
(Drucks. Nr. 2604/2014)**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

**Ratsfrau Jeschke** lässt über die Drucksache abstimmen.

Diese wird einstimmig beschlossen.

Antrag,

dem Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V. (VNB) für 2014 für das Projekt  
„Ausbildungsgang für DialogmoderatorInnen im Projekt DIALOG MACHT SCHULE“ eine  
Zuwendung in Höhe von

**8.800,00 €**

aus dem Ergebnishaushalt 2014, Teilhaushalt 15, Produkt 11103  
Grundsatzangelegenheiten, zu bewilligen.

**Einstimmig**

**TOP 10.**

**Zuwendung aus dem Integrationsfonds an den Verein kargah e.V. für das Projekt  
„Leitfaden durch das niedersächsische Bildungssystem für MigrantInnen – erklärt in  
15 Sprachen“**

**(Drucks. Nr. 2639/2014)**

**Ratsfrau Markowis** ergänzt, dass es sich bei dem Projekt um das Projekt  
"Welt-in-Hannover.de" handelt.

**Ratsfrau Dr. Matz** fragt, ob bezüglich der Darstellung über das Schulsystem nicht auch  
etwas vergleichbares vom Kultusministerium vorliegt und ob für das Projekt auf Materialien  
des Landes zurückgegriffen wird.

**Ratsherr Kelich** entgegnet, dass durch das Angebot von kargah e.V. die Informationen  
niedrigschwelliger aufgearbeitet und angeboten werden sollen.

**Frau Walter** erläutert, es gebe Leitfäden vom Kultusministerium, allerdings nicht in so vielen  
Sprachen. Zudem würden durch das Projekt die hannoverschen Spezifika herausgearbeitet  
werden. Als Grundlage für das Projekt würden jedoch die Unterlagen des Kultusministerium  
dienen.

**Ratsfrau Dr. Matz** stellt klar, auch die CDU-Fraktion befürworte den Projektinhalt.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**Ratsfrau Jeschke** lässt über die Drucksache abstimmen.

Diese wird einstimmig beschlossen.



Antrag,

dem Verein kargah e.V. für das Projekt „Leitfaden durch das niedersächsische Bildungssystem für MigrantInnen – erklärt in 15 Sprachen“ eine Zuwendung in Höhe von

**20.000,00 €**

aus dem Ergebnishaushalt 2014, Teilhaushalt 15, Produkt 11103 Grundsatzangelegenheiten zu bewilligen.

**Einstimmig**

**TOP 11.**

**Bericht des Dezernenten**

**Frau Walter** berichtet, das Projekt "gesellschaftliches Engagement von Migrantinnen, Migranten und Deutschen, gEMiDe" sei im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs "Aktiv für Demokratie und Toleranz 2014" mit einem Preis in Höhe von 4.000,00 € ausgezeichnet worden. Sie bedankt sich für das Engagement der Projektbeteiligten.

**TOP 12.**

**Aktuelles**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

**Ratsfrau Jeschke** schließt die Sitzung um 18:35 Uhr.

für die Richtigkeit:

Walter

Hager (Protokoll)